

Botschaft an den Grossen Gemeinderat für die 6. Sitzung vom 20. November 2025

Traktanden Nr. 77

Registratur Nr. 20.1.01

Axioma Nr. 10301

Ostermundigen, 28. Oktober 2025 / LauTho



Budget 2026 und Investitionsplanung; Genehmigung

Bericht des Gemeinderates an den Grossen Gemeinderat nach HRM2

(gemäss Art. 29 Direktionsverordnung über den Finanzhaushalt der Gemeinden FHDV [BSG 170.511])

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Änderungsantrag Nr. 1 (Luca Alberucci, glp) – GGR 4. September 2025	6
3. Änderungsantrag Nr. 2 (Ueli Steiner, SVP) - GGR 4. September 2025	11
4. Änderungsantrag Nr. 3 (Lukas Lanz, FDP) – GGR 4. September 2025	15
5. Personalplanung	22
6. Erträge	23
7. Antrag der Exekutive.....	23

1. Einleitung

Der Gemeinderat hat dem Grossen Gemeinderat am 4. September 2025 beantragt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2026 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstücksgewinn) das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - für die Liegenschaftssteuer 1,5‰ des amtlichen Wertes;
 - Hundesteuer CHF 100.00 pro Hund
 - für die Feuerwehrdienstersatzabgabe 3,4% des Staatssteuerbetrages, höchstens CHF 200.00.

2. Genehmigung der Investitionen 2026 gemäss Planung:

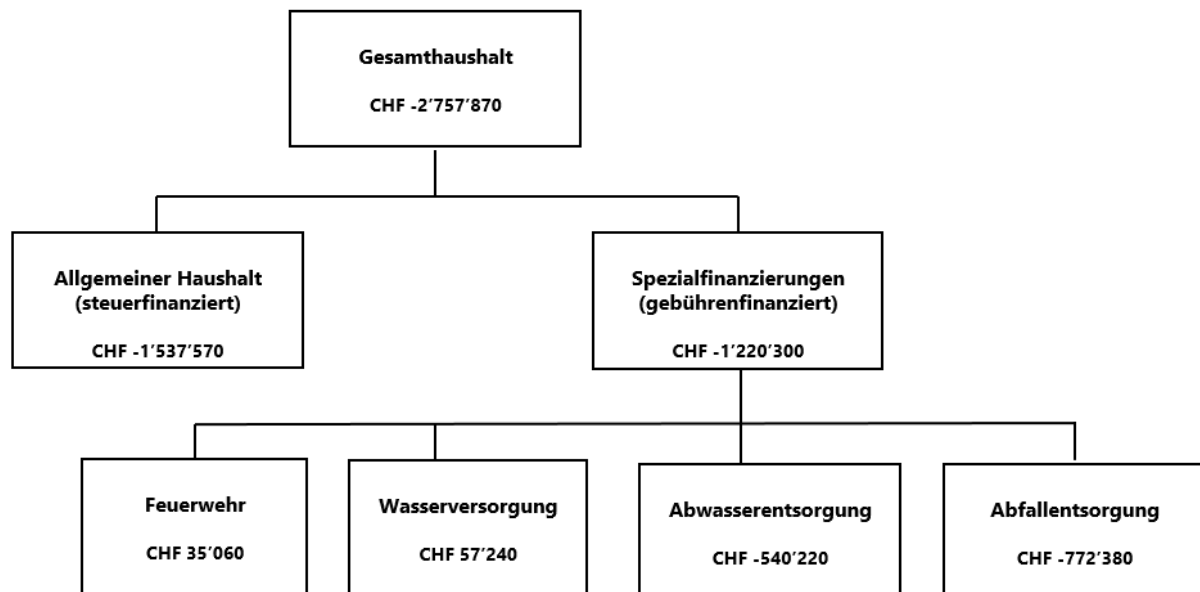
Allgemeiner Haushalt:	CHF	44'101'670
Abfallentsorgung	CHF	0
Wasserversorgung:	CHF	1'292'010
Abwasserentsorgung:	CHF	4'148'440
Feuerwehr:	CHF	300'000

Die budgetierten Nettoinvestitionen des Gesamthaushaltes betragen für das Jahr 2026 somit CHF 49'842'120 (Rechnung 2024: CHF 16.7 Mio.).

3. Das Budget für das Jahr 2026, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushaltes von CHF -2'757'870, wird wie folgt genehmigt:

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF 120'681'620	CHF 117'923'750
Aufwandüberschuss		CHF 2'757'870
Allgemeiner Haushalt	CHF 107'082'620	CHF 105'545'050
Aufwandüberschuss		CHF 1'537'570
SF Abfallbewirtschaftung	CHF 2'218'580	CHF 1'446'200
Aufwandüberschuss		CHF 772'380
SF Wasserversorgung	CHF 4'754'260	CHF 4'811'500
Ertragsüberschuss	CHF 57'240	
SF Abwasserentsorgung	CHF 5'860'220	CHF 5'320'000
Aufwandüberschuss		CHF 540'220
SF Feuerwehr	CHF 765'940	CHF 801'000
Ertragsüberschuss	CHF 35'060	

Die Erfolgsrechnung präsentiert sich wie folgt:



Der Grosse Gemeinderat hat diesem Budgetvorschlag trotz Genehmigung durch alle Kommissionen nicht zugestimmt. Es wurden mehrere Änderungsanträge zu Sparmassnahmen verabschiedet, welche nachfolgend behandelt werden. Das Budget 2026 kann erst festgelegt werden, wenn der Grosse Gemeinderat über die einzelnen Massnahmen der Änderungsanträge entschieden hat. Der Finanzplan 2026-2030 wiederum kann erst erstellt werden, wenn die definitiven Budgetwerte 2026 vorliegen. Der Finanzplan kann deshalb frühestens an der ersten Sitzung des Grossen Gemeinderates im Jahr 2026 zur Genehmigung vorgelegt werden.

An dieser Stelle weist der Gemeinderat darauf hin, dass es mehrere Kategorien von Sparmassnahmen gibt:

1. Einsparmöglichkeiten ohne grösseren Leistungsverzicht, z.B. aufgrund neuer Erkenntnisse oder von Optimierungspotential.
2. Kosteneinsparungen, welche mit einem Leistungsabbau verbunden sind.
3. Massnahmen, die zu einem kompletten Leistungsverzicht führen.
4. Einsparungen, die die Arbeit der Verwaltung in einem bestimmten Bereich ernsthaft einschränken oder unmöglich machen.

Im Gegensatz zu einem privatwirtschaftlichen Unternehmen oder einem Grosskonzern erbringt eine Gemeinde viele sehr unterschiedliche Leistungen in meist kleinen Teams. Da der Gemeinderat Personalstellen nur im Zusammenhang mit einer konkreten Leistungserbringung genehmigt, betrifft ein Personalabbau immer die oben aufgeführten Kategorien 2 bis 4.

Der Gemeinderat ist nach wie vor der Ansicht, dass das Budget 2026 realistisch ist und dass die Verwaltungsabteilungen sparsam budgetiert haben. Grössere Sparmassnahmen können nur mit einem Abbau von freiwilligen Aufgaben und Leistungskürzungen erzielt werden. Aufgrund neuer Informationen ergeben sich diverse Budgetkorrekturen, welche der Gemeinderat zur Umsetzung empfiehlt.

Der Grosse Gemeinderat hat die Möglichkeit, aus 75 möglichen Massnahmen diejenigen Auszuwählen, welche er für sinnvoll hält. Mittelfristig könnten die Ausgaben um ca. CHF 7 Mio. gesenkt werden:

Kategorie	CHF
Budgetkorrekturen 2026	597'300
Zusätzliche Entlastungsmassnahmen 2026	1'364'300
Entlastungsmassnahmen Dienstleistungen-/Honorare Dritter 2026	70'000
Entlastungsmassnahmen ab 2027	4'954'000
Total mögliche Massnahmen	6'985'600

Alle Einsparungen sind mit einem Leistungsabbau und oder einem Leistungsverzicht bzw. mit Einschränkungen für die Arbeit der Verwaltung verbunden, welche die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Ostermundigen betreffen würden. Mittel- bis langfristig können hohe Folgekosten oder Ertragsausfälle resultieren.

Ohne genehmigtes Budget dürfen 2026 nur noch gebundene Ausgaben getätigt werden. Konkret heisst das, dass die Mitarbeitenden ihre Aufgaben weiterhin erfüllen werden, freiwillige Leistungen hingegen werden nicht mehr oder gekürzt angeboten, darunter fallen zum Beispiel Beiträge an Vereine, Bibliothek, eingeschränkter Winterdienst. Projekte, welche nicht dringend nötig sind, werden nicht ausgeführt oder unterbrochen, auch beim Liegenschafts- und Strassenunterhalt wird nur noch das wirklich Nötigste umgesetzt, was später zwangsweise höhere Kosten verursacht.

2. Änderungsantrag Nr. 1 (Luca Alberucci, glp) – GGR 4. September 2025

Diesen Änderungsantrag hat der GGR mit 23 Ja zu 12 Nein angenommen.

Der Gemeinderat legt dem Parlament in der zweiten Budgetlesung verschiedene Massnahmen zum Entscheid vor, welche das Aufwandswachstum im Allgemeinen Haushalt auf den Kontogruppen «30-Personalaufwand» und «31-Sach- und übriger Betriebsaufwand» verringern. Die Anpassungen müssen auf spezifischen Sachkonti erfolgen und nicht mittels einer Globalkorrektur eingestellt werden. Insgesamt müssen die dem Parlament einzeln zum Entscheid vorgelegten Massnahmen zu einer Verringerung des Kostenwachstums um mindestens CHF 1.5 Mio. führen, sofern sie alle vom Parlament in zweiter Lesung angenommen würden. Dem Parlament sind insbesondere folgende Massnahmen vorzulegen:

- Effizienzmassnahmen, welche keinen Leistungsabbau oder Verzicht auf beschlossenen Leistungsaufbau bedingen
- Verzicht auf beschlossenen, noch nicht erfolgten Leistungsaufbau (einzeln zu beziffern)
- Verzicht auf Besetzung neuer Stellen (einzeln zu beziffern)
- Abbau von Leistungen, auf die aus Sicht Gemeinderat verzichtet werden kann (einzeln zu beziffern)
- Falls nötig, Abbau von weiteren Leistungen (einzeln zu beziffern)

Begründung:

Um eine Steuererhöhung, welche kaum eine Mehrheit in Parlament und Volk finden würde, zu vermeiden, ist es wichtig, dass das Kostenwachstum im Budget 2026 gebremst wird. Eine Anpassung der prognostizierten Erträge und von kurzfristig kaum beeinflussbaren Aufwandpositionen (sowie Abschreibungen und Transferzahlungen) ist nicht angebracht.

Hingegen gibt es Anpassungspotential bei den Personalkosten, welche gegenüber Budget 2025 im Allgemeinen Haushalt um 7% resp. CHF 1.71 Mio. wachsen, sowie bei den Sach- und übrigen Betriebsaufwänden, welche ihrerseits um 5% resp. CHF 0.7 Mio. wachsen.

In der vorgelegten Budgetierung setzt sich der langjährige Trend fort, wonach der Personal- und Sachaufwand seit Jahren deutlich wachsen. Siehe «Interpellation» betreffend die Hauptgründe und -Treiber für die bisherige Entwicklung der Finanzlage von Ostermundigen».

Es ist eindeutig: Ostermundigen hat auch ein Ausgabenproblem und nicht ausschliesslich ein Einnahmeproblem. Das jährliche Einnahmenwachstum kann das Ausgabenwachstum kaum kompensieren.

Um eine Steuererhöhung zu vermeiden, ist das Ausgabenwachstum bereits in dieser Budgetierung einzudämmen.

Antwort des Gemeinderates:

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass budgetierte Ausgaben, die im Einflussbereich der Gemeindeverwaltung liegen, nur getätigt werden, wenn sie notwendig sind. Aus diesem Grund bestand in der Vergangenheit die Tendenz, dass das jeweilige effektive Jahresergebnis besser ausfiel, als gemäss Budget erwartet.

Seit der Erstellung des Budgets 2026 für die Lesung im Grossen Gemeinderat am 4. September sind aufgrund neuer Informationen diverse Budgetkorrekturen möglich. Diese werden nachfolgend aufgeführt. Zusätzlich findet sich eine Auflistung möglicher Sparmassnahmen bis zu einem Totalbetrag von CHF 1.5 Mio. bzw. einem ausgeglichenen Budget. Da eine Zuordnung der Massnahmen auf die im Änderungsantrag genannten Kategorien teilweise nicht präzise vorgenommen werden kann, wird auf eine weitere Unterscheidung verzichtet.

Budgetkorrekturen 2026

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Enlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
1	270	Tagesschule	3010.00	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	Lohnaufwand Tagesschule kürzen.	Unter der Annahme, dass die Betreuungsstunden etwas dem Vorjahr entsprechen, ist eine Reduktion möglich.	250'000	2026
2	Div.	Diverse	3010.00	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	Reduktion der Teuerung im Budget von 1% auf 0.5%.	Keine -> je nach Beschluss Kanton. Die Teuerung muss dem Reglement entsprechen = Beschluss Kanton = gebundene Lohnkosten!	140'000	2026
3	517	Verkehrswesen	4270.00	Bussen	Ersatzbeschaffung der veralteten Geschwindigkeitsmessanlagen durch ein neues Gerät. Dies führt zu präziseren Messungen, einer kleineren Sicherheitstoleranz und zumindest zu Beginn zu höheren Einnahmen.	Keine	100'000	2026
4	303	Kommissionen / Energiekonzept	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Wegfall Budget für Solarprojektwochen, da die Motion vom GGR abgelehnt wurde.	Keine	20'000	2026
5	253	Öffentliche Sportanlagen	3052.00	AG-Beiträge an Pensionskassen	Reduktion, da Sporthalle erst 2027 fertig wird.	Keine	22'000	2026
6	710	Sekretariat	3010.00	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	IT-Stelle mit max. 80% ausschreiben.	Kurzfristig keine. Langsamere Umsetzung einzelner Projekte.	20'000	2026
7	253	Öffentliche Sportanlagen	3010.01	Löhne Reinigungspersonal	Reduktion, da Sporthalle erst 2027 fertig wird.	Keine	16'500	2026
8	310	Sekretariat	4210.01	Gebühren für Amtshandlungen (Bauabteilung)	Erhöhung möglich, aber eigentlich nicht beeinflussbar, starke Schwankungen von Jahr zu Jahr.	Keine	10'000	2026
9	253	Öffentliche Sportanlagen	3050.00	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	Reduktion, da Sporthalle erst 2027 fertig wird.	Keine	9'000	2026
10	357	Wohnungen Forelstr. 56	3439.00	Versicherungsprämien Liegenschaften FV	Steichen, da in KST 356 erfasst.	Keine	4'300	2026
11	253	Öffentliche Sportanlagen	3053.00	AG-Beiträge an Unfallversicherungen	Reduktion, da Sporthalle erst 2027 fertig wird.	Keine	2'000	2026
12	253	Öffentliche Sportanlagen	3054.00	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse	Reduktion, da Sporthalle erst 2027 fertig wird.	Keine	2'000	2026
13	253	Öffentliche Sportanlagen	3055.00	AG-Beiträge an Krankentaggeldversicherung	Reduktion, da Sporthalle erst 2027 fertig wird.	Keine	1'500	2026

Total Budgetkorrekturen ca. CHF

597'300

Zusätzliche Entlastungsmassnahmen 2026

Entlastungsmassnahmen Budget 2026

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Entlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
14	Div.	Diverse	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Grundreinigung Gebäude nur noch alle 2 Jahre durchführen.	Schmutzigere Räume, Littering wird gefördert. Kaum Akzeptanz beim Personal und Publikum. Steigender Vandalismus, mehr Betriebsaufwand.	222'000	2026
15	250	Schulanlagen	3144.00	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	Verschieben div. Massnahmen: Beleuchtungsersatz, akustische Massnahmen in Schulanlagen, Sanierung Weitsprunganlage, Reinigung Lüftungsanlagen reduziert, Verzicht auf Räume den Schulbedürfnissen anzupassen (Rüti), etc.	Keine Reduktion der Betriebskosten, weiterhin hohe Lärmpegel in Unterrichtsräumen, etc.	170'000	2026
16	Div.	Diverse	3090.00	Aus- und Weiterbildung des Personals	Kürzung Ausgaben für Weiterbildung um 35%.	Kurzfristig: keine. Mittelfristig: Weniger Fachkompetenz, mehr Kosten für externe Berater, Verringerung Arbeitgeber-Attraktivität.	130'000	2026
17	220	Beiträge für Kultur und Sport	3170.14	Mundige-Fesch; Spesen	Verzicht Mundige Fesch (Defizitgarantie).	Weniger Zusammenhalt der Bevölkerung, sinkende Attraktivität der Gemeinde.	97'000	2026
18	220	Beiträge für Kultur und Sport	3636.01	Verschiedene Vereinsbeiträge	Streichung der Beiträge an Vereine mit Leistungsvereinbarung.	Wegfall kulturelle Angebote durch die Vereine und personelle Unterstützung durch Vereine an Anlässen.	80'000	2026
19	710	Sekretariat	3153.00	Informatik-Unterhalt (Hardware)	Verzicht auf Netzwerk- und Systemüberwachung ausserhalb Bürozeiten.	Grösseres Risiko von unentdeckten Cyber-sicherheitsvorfällen, Betriebsausfällen, Daten- und Imageverlust.	60'000	2026
20	435	Planungen für Bau/Unterhalt der Strassen	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Verzicht Projekte und Projektbegleitung übergeordnete Projekte	Die Strassenplanungs-verfahren Zollgasse und Dennigkofenweg werden sistiert. Die Koordination der Werke für das Projekt Fernwärme wird eingestellt – die Bewilligungsfähigkeit ist dadurch nicht mehr gewährleistet. Am Schwandiweg wird die Ausarbeitung des Infrastrukturvertrags nicht begonnen – das Projekt Schwandiweg kann somit nicht umgesetzt werden. Die Instandsetzungsmassnahme der Rörswilbrücke kann nicht bearbeitet werden – es besteht das Risiko einer Brückensperrung sowie erheblicher Mehrkosten. Die Strassenplanungs-verfahren Zollgasse und Dennigkofenweg werden sistiert.	50'000	2026

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Entlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
21	210	Sekretat	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Externe Beratung für Einführung Schulmodell um ein Jahr verschieben.	Externe Unterstützung ist notwendig. Auswirkungen 2026: Keine.	50'000	2026
22	220	Beiträge für Kultur und Sport	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Verzicht Zone B Mundige Fescht.	Mundige Fescht könnte nur noch durch kompetente Freiwillige durchgeführt werden.	46'000	2026
23	Div.	Diverse	3104.01	Bibliothek	Verzicht auf eine Bibliothek in den Schulen.	Nutzung wird höher-schwelliger, weniger Nachfrage durch Schüler, schlechteres Bildungsniveau.	38'300	2026
24	102	Gemeinderat	3099.00	Übriger Personalaufwand	Personalfest steichen.	Arbeitgeberattraktivität und Wertschätzung Mitarbeitende sinken. Abteilungs-übergreifende Arbeit kann nicht verbessert werden.	31'000	2026
25	110	Gemeindschreiberei	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Reduktion externe Rechtsgutachten.	Allfällige Nachkredite notwendig, sollte die Liquidation PVS BIO weitere juristische Unterstützung benötigen.	30'000	2026
26	440	Bau und Unterhalt der Strassen	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Verzicht auf Fachgutachten und Spezialisten.	Fachberatungen für Vorprojekte, Zustandsanalysen und Kostenschätzungen können nicht mehr durchgeführt werden. Dies betrifft unter anderem erforderliche punktuelle Fachgutachten und Spezialisten (z. B. GEP-Ingenieur, Verkehrsplaner, Geologe usw.). Der Verzicht erhöht das Risiko von Mehrkosten infolge von Fehlplanungen. Zudem ist mit Verzögerungen bei den Projekten Campus, Werkquartier, Sommerrain usw. zu rechnen.	30'000	2026
27	220	Beiträge für Kultur und Sport	3170.07	Diverse Anlässe; Spesen	Verzicht Streetfood-Festival, KOVE, Konzerte, Hallo Velo Bern, Clean-up-Day.	Weniger Zusammenhalt der Bevölkerung, sinkende Attraktivität der Gemeinde.	30'000	2026
28	425	Werkhof	3111.00	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	Verzicht Elektro-Personenwagen Abteilung Tiefbau.	Mobilität der Abteilung Tiefbau nach Umzug ins SZS eingeschränkt.	25'000	2026
29	340	Verwaltungsgebäude	3144.00	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	Reduktion auf das absolute Minimum.	Mögliche Folgeschäden und später höhere Kosten, Aufwand für Nachkredite bei Ereignissen.	20'000	2026
30	250	Schulanlagen	3110.01	Schulmobiliar und Geräte	Kein Ersatz von defektem Schulmobiliar.	z.T. kaputte Möbel akzeptieren.	20'000	2026
31	620	Sozialhilfe	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Keine Anstellungen selbständiger Aushilfen bei pers. Vakanzen.	Zusätzliche Belastung der Sozialarbeitenden, gefährdet Projekt Falllast.	20'000	2026
32	680	EKS	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Keine Anstellungen selbständiger Aushilfen bei pers. Vakanzen.	Zusätzliche Belastung der Sozialarbeitenden.	20'000	2026
33	710	Sekretariat	3133.01	Nutzung externe Rechenzentren	Neues Lizenzierungsmodell Microsoft.	Weniger Benutzerkomfort.	20'000	2026
34	440	Bau und Unterhalt der Strassen	3101.02 3141.04	Signalisationsmaterial Markierung	Nur noch Reparaturen durchführen, welche die Verkehrssicherheit beeinflussen.	Wertzerfall der Infrastrukturen sowie Haftungsrisiken im Rahmen der Werkeigentümerhaftung gemäss Art. 58 OR.	20'000	2026
35	710	Sekretariat	3118.00	Entwicklung und Anschaffung von Software, Lizenzen	Reduktion Lizenzkosten, Prüfung Open Source-Tools.	Weniger Komfort für Benutzer, Fortschritte der Digitalisierung werden gebremst.	20'000	2026

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Entlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
36	445			Öffentliche Anlagen	Stillegung, demontage Spielgeräte Seepark und Florapark, Entfernung Mobile Toilette Seepark (Komptoi).	Schlechteres Image der Gemeinde, Wertverlust der Anlage und des Angebotes, Wegfall als Begegnungsort für Familien.	20'000	2026
37	250	Schulanlagen	3111.00	Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	Verchieben Ersatz des Fahrzeuges um 1 Jahr.	Höhere Reparaturkosten, möglicher Ausfall.	20'000	2026
38	350	Steingrübli-Areal (/FV)	3430.00	Liegenschaftsunterhalt FV	Verzicht auf Madame Bissegger.	Areal geschlossen, nicht mehr zugänglich.	20'000	2026
39	250	Schulanlagen	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Verzicht auf Schliess- und Kontrollrundgang.	Steigender Vandalismus, mehr Betriebsaufwand.	15'000	2026
40	369	Liegenschaft Mitteldorfstrasse 14 (FV)	3430.00	Liegenschaftsunterhalt FV	Reduktion auf das absolute Minimum.	Mögliche Folgeschäden und später höhere Kosten, Aufwand für Nachkredite bei Ereignissen.	15'000	2026
41	410	Sekretariat	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Verzicht auf juristische Dienstleistungen (Einsprachen, Dienstbarkeiten etc.)	Grosse Drittprojekte wie AS2025, BYBO und BUGAW erfordern punktuelle juristische Begleitungen, beispielsweise für Verhandlungen oder Einsprachen. Ein Verzicht darauf erhöht das Risiko von Rechtsstreitigkeiten und Benachteiligungen der Gemeinde Ostermundigen. Hängige Dienstbarkeiten (9 Stück) und Wegrechte (7 Stück) können nicht bearbeitet werden. Dies führt zu einem erheblichen Risiko in den Bereichen Erschliessung, Nutzung und Unterhalt sowie im Zusammenhang mit möglichen Rechtsverfahren. Ein Nachkredit wird mit hoher Wahrscheinlichkeit erforderlich sein, was zusätzlichen administrativen Aufwand verursacht.	15'000	2026
42	110	Gemeindeschreiberei	3102.00	Drucksachen, Publikationen, Kommunikation	Verzicht auf Infobroschüren für Neuzuzüger.	Reduktion Informationsfluss, Ersteindruck für Neuzuziehende suboptimal.	15'000	2026
43	250	Schulanlagen	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Verzicht auf Schliess- und Kontrollrundgang.	Steigender Vandalismus, mehr Betriebsaufwand.	15'000	2026

Total Entlastungsmassnahmen Budget 2026 ca. CHF

1'364'300

3. Änderungsantrag Nr. 2 (Ueli Steiner, SVP) - GGR 4. September 2025

Diesen Änderungsantrag hat der GGR mit 15 Ja zu 14 Nein (Stichentscheid) angenommen.

*Die SVP unterstützt die Anträge der GLP Wir können nicht Jahr für Jahr eine strikte Ausgaben-
disziplin anmahnen und dann geschieht regelmässig nichts, und mit jedem Budget steigen die
Ausgaben fröhlich weiter,*

*Wir haben heute Abend im Traktandum «Legislaturziele» positiv zur Kenntnis genommen, dass
der Gemeinderat diese Legislaturziele auf eine pragmatische Art «in-house» erarbeitet hat-
ohne externe Studien oder Beizug externer «Fachexperten». Dies ist genau der Weg, den wir
vermehrt beschreiten müssen. Die «Schwarmintelligenz» GR und Verwaltung wird viel zu oft
nicht wirklich genutzt.*

*In diesem Zusammenhang sind uns im Budgetentwurf, S. 59, Rubrik 313 «Dienstleistungen und
Honorare», u.a. folgende Aufwände aufgefallen:*

a)	Konto 3130, «Dienstleistungen Dritter»	CHF 3'030'370
b)	Konto 3132, «Honor. ext. Berater, Gutachter, Fachexp.»	CHF 948'300
Total dieser zwei Konten:		CHF 3'978'670

*Davon ist gemäss Auskunft der Finanzabteilung ein Betrag von CHF 317'500 (ca. 8%) allein für
die Überbrückung von internen Vakanzen budgetiert.*

*Die SVP ist überzeugt, dass in diesen Konten Optimierungspotential vorhanden ist - gerade
auch durch Verzicht auf externe Studien, wo Gemeinderat und Verwaltung sehr oft durch ex-
terne Studien nicht mehr Wissen gewinnen als ohnehin schon vorhanden ist. Es braucht weiter-
hin verstärkte Anstrengungen, personelle Vakanzen mit eigenem Personal aufzubauen, anstatt
teure externe Personalressourcen einzukaufen. Wir müssen auch das Know-how wieder «in
House» sammeln. Unseres Erachtens können im Budget 2026 die Budgets der Konten 3130 und
3132 signifikant reduziert werden können - ohne Verlagerung auf andere Konten.*

In Ergänzung zum GLP-Antrag stellt die SVP daher folgenden, konkreten Antrag:

Antrag der SVP:

*Die Konten 313.3130 und/oder 313.3132 sind um insgesamt mindestens CHF 500'000 zu redu-
zieren, ohne Aufwandverlagerung auf andere Sach- oder auf Personalkosten-Konten. Die kon-
kreten Auswirkungen sind in zweiter Lesung darzulegen, damit final darüber befunden werden.*

Antwort des Gemeinderates:

Die Begründungen für den Bezug externer Dienstleistungen sind vielfältig. Aufgrund der Um-
stände ändern sich die Bedürfnisse der Abteilungen im Zeitablauf. Konkrete Veränderungen
müssen deshalb im Einzelfall abgeklärt werden. Generell führen u.a. folgende Gründe zum
Bezug externer Dienstleistungen:

- Auslagerung von Leistungen an Dritte (z.B. Öffentliche Sicherheit: Auslagerung der Feu-
erwehr zur Stadt Bern im Jahr 2024). Dies führt zu einer Einsparung bei anderen Kosten-
arten.
- Leistungsverträge mit dem Kanton, z.B. Kantonspolizei, kantonale Steuerverwaltung
- Überbrückung von personellen Absenzen. Diese Mehrkosten werden grösstenteils bei
den Personalkosten eingespart.

- Beizug von spezialisiertem Fachwissen (z.B. juristische Gutachten, Mehrwertberechnungen).
- Kontrollen, Beurteilungen und Fachprüfungen durch unabhängige externe Stellen (z.B. externe Revisionsstelle).
- Temporäre Erhöhung der personellen Ressourcen zur Beantwortung parlamentarischer Vorstösse, weil die eigenen Kapazitäten nicht ausreichen.

Aus diesen Gründen erachtet es der Gemeinderat weder als realistisch noch wirtschaftlich sinnvoll, auf externe Dienstleistungen zu verzichten oder zu versuchen, alles notwendige Wissen «in House» aufzubauen. Im Gegenteil, die grössten Ausgabepositionen in dieser Kategorie sind gebunden. Es ist deshalb nur möglich, kleinere Beträge aus dem Budget zu streichen, wobei praktisch immer eine Leistungseinbusse mit der Massnahme verbunden ist, ausser es handelt sich um eine zeitliche Verschiebung (Hinweis: Schriftart fett = Doppelnennung, vorher unter Kapitel 2 bereits erwähnte Massnahme).

Entlastungsmassnahmen Dienstleistungen-/Honorare Dritter 2026

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Entlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
14	Div.	Diverse	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Grundreinigung Gebäude nur noch alle 2 Jahre durchführen.	Schmutzigere Räume, Littering wird gefördert. Kaum Akzeptanz beim Personal und Publikum. Steigender Vandalismus, mehr Betriebsaufwand.	222'000	2026
20	435	Planungen für Bau/Unterhalt der Strassen	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Verzicht Projekte und Projektbegleitung übergerdnete Projekte.	Die Strassenplanungs-verfahren Zollgasse und Dennigkofenweg werden sistiert. Die Koordination der Werke für das Projekt Fernwärme wird eingestellt – die Bewilligungsfähigkeit ist dadurch nicht mehr gewährleistet. Am Schwandiweg wird die Ausarbeitung des Infrastrukturvertrags nicht begonnen – das Projekt Schwandiweg kann somit nicht umgesetzt werden. Die Instandsetzungs-massnahme der Rörswilbrücke kann nicht bearbeitet werden – es besteht das Risiko einer Brücken-sperrung sowie erheblicher Mehrkosten. Die Strassenplanungs-verfahren Zollgasse und Dennigkofenweg werden sistiert.	50'000	2026
21	210	Sekretat	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Externe Beratung für Einführung Schulmodell um ein Jahr verschieben.	Externe Unterstützung ist notwendig. Auswirkungen 2026: Keine.	50'000	2026
22	220	Beiträge für Kultur und Sport	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Verzicht Zone B Mundige Fescht.	Mundige Fescht könnte nur noch durch kompetente Freiwillige durchgeführt werden.	46'000	2026
25	110	Gemeinde-schreiberei	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Reduktion externe Rechtsgutachten.	Allfällige Nachkredite notwendig, sollte die Liquidation PVS BIO weitere juristische Unterstützung benötigen.	30'000	2026

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Entlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
26	440	Bau und Unterhalt der Strassen	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Verzicht auf Fachgutachten und Spezialisten.	Fachberatungen für Vorprojekte, Zustandsanalysen und Kostenschätzungen können nicht mehr durchgeführt werden. Dies betrifft unter anderem erforderliche punktuelle Fachgutachten und Spezialisten (z. B. GEP-Ingenieur, Verkehrsplaner, Geologe usw.). Der Verzicht erhöht das Risiko von Mehrkosten infolge von Fehlplanungen. Zudem ist mit Verzögerungen bei den Projekten Campus, Werkquartier, Sommerrain usw. zu rechnen.	30'000	2026
39	250	Schulanlagen	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Verzicht auf Schliess- und Kontrollrundgang.	Steigender Vandalismus, mehr Betriebsaufwand.	15'000	2026
41	410	Sekretariat	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Verzicht auf juristische Dienstleistungen (Einsprachen, Dienstbarkeiten etc.).	Grosse Drittprojekte wie AS2025, BYBO und BUGAW erfordern punktuelle juristische Begleitungen, beispielsweise für Verhandlungen oder Einsprachen. Ein Verzicht darauf erhöht das Risiko von Rechtsstreitigkeiten und Benachteiligungen der Gemeinde Ostermundigen. Hängige Dienstbarkeiten (9 Stück) und Wegrechte (7 Stück) können nicht bearbeitet werden. Dies führt zu einem erheblichen Risiko in den Bereichen Erschliessung, Nutzung und Unterhalt sowie im Zusammenhang mit möglichen Rechtsverfahren. Ein Nachkredit wird mit hoher Wahrscheinlichkeit erforderlich sein, was zusätzlichen administrativen Aufwand verursacht.	15'000	2026
44	440	Bau und Unterhalt der Strassen	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Verzicht auf Projekte.	Verzicht oder starke Verzögerung von Projekten.	10'000	2026
45	710	Sekretariat	3130.01	IT-Vernetzung	Reduktion Ersatz Netzwerkkomponenten, Verlängerung der Nutzungsdauer.	Evtl. mehr Geräteausfälle, Betriebssicherheit nimmt ab.	10'000	2026
46	310	Sekretariat	3130.24	Dienstleistungen Dritter f. Bauverwaltung	Reduktion möglich, aber eigentlich nicht beeinflussbar, starke Schwankungen von Jahr zu Jahr.	Bei Bedarf Nachkredit notwendig, Leistungen sind oft gebunden.	10'000	2026
47	510	Sekretariat	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Streichung der Alkohol- und Tabaktestkäufe (CHF 2'000), ext. Beratung (3'000), Streichung der rechtlichen Beurteilung von Totalrevisionen von Reglementen und Verordnungen.	Testkäufe sind nicht vorgeschrieben. Die Gemeinde hat den Auftrag Kontrollen durchzuführen. Reglement werden ohne rechtliche Prüfung geändert.	6'000	2026
48	303	Kommissionen / Energiekonzept	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Verzicht auf Stadtklimamessungen.	Einschränkungen bei Umsetzung Klima- und Nachhaltigkeitsstrategie.	5'000	2026
49	312	Projektierungen	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Reduktion auf das absolute Minimum.	Mehraufwand für Anträge und Nachkredite.	5'000	2026

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Entlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
50	310	Sekretariat	3130.00	Dienstleistungen Dritter	Reduktion auf das Minimum.	Reduziert die Effizienz, höherer Aufwand für allfällige GR-Anträge.	5'000	2026
51	303	Kommissionen / Energiekonzept	3130.05	Energiekonzept	Aufgabe Ladestation Tell.	Der Verzicht auf die Ladestation ist unproblematisch und bereits aufgegleist.	5'000	2026
52	110	Gemeinde-schreiberei	3130.07	Öffentlichkeitsarbeit	Reduktion Öffentlichkeitsarbeit.	Sichtbarkeit und Vernetzung mit Gewerbe nimmt ab.	5'000	2026
53	310	Sekretariat	3130.25	Dienstleistungen Dritter f. Liegenschaften	Reduktion auf Minimum.	Reduziert die Effizienz, höherer Aufwand für allfällige GR-Anträge.	5'000	2026
54	458	Gewässerverbauungen	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Reduktion von externen Fachexperten.	Chancen für sensitive ökologische Aufwertungen werden nicht optimal ausgenützt. Stichwort Pächterwechsel, Land AGG, Unterstützung Amphibien-korridor in Zusammenhang mit Amphibienschwimmstrecke und Weihermatt.	3'000	2026
55	445	Öffentliche Anlagen	3132.00	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.	Überwachung der Wasserqualität (Wasserproben) wird nicht mehr durchgeführt	Der See wird zunehmend unansehnlich und verliert an Erholungswert; Veralgung und Geruchsbildung nehmen zu, wodurch die Attraktivität des Parkgeländes für die Einwohnerinnen und Einwohner sinkt.	1'000	2026

Schriftart **fett** = Doppelnennung, vorher unter Kapitel 2 bereits erwähnte Massnahme

Entlastungsmassnahmen Dienstleistungen-/Honorare Dritter 2026 ca. CHF
davon neue Massnahmen

528'000
70'000

4. Änderungsantrag Nr. 3 (Lukas Lanz, FDP) – GGR 4. September 2025

Diesen Änderungsantrag hat der GGR mit 19 Ja zu 6 Nein angenommen.

Der Gemeinderat prüft zur Reduktion des Defizits im Budget 2026 des steuerfinanzierten Haushalts insbesondere folgende Punkte und zeigt das Potential für die 2. Budgetlesung auf.

1. Der Anstieg der Personalkosten inkl. externe Leistungen um mehr als 10% im Vergleich zur Rechnung 2024 auf folgenden Konti wird begründet und es wird aufgezeigt mit welchen Massnahmen (z.B. Verschiebung oder Streichung von nicht zwingenden Investitionen oder Projekten) die Steigerung, wenn möglich reduziert werden könnte:

- *Präsidiales: Personaldienst*
- *Bildung/Kultur/Sport: Sekretariat/Tagesschule*
- *Hochbau: Sekretariat/Verwaltungsgebäude/Saalbetrieb Tell*
- *Tiefbau: Natur- und Landschaftsschutz/Gewässerverbauungen/Freibad*
- *ÖSi: Polizeiinspektorat*
- *Soziales: Generationen+Quartierarbeit*
- *Finanzen: Sekretariat*

2. Insbesondere folgende Investitionen werden im Sinne von Punkt 1 geprüft:

- *Ersatz resp. Beschaffung Schliess- und Alarmierungssystem für alle Schulhäuser in einem Geschäft.*
- *Investitionen von > CHF 1Mio. für das Schulhaus Möslı im 2026*
- *Gesamtinvestitionen von ca. CHF 1.5 Mio. für Variel Pavillion nebst CHF 14 Mio. für Kinderhaus*
- *Investitionen für E-Ladestationen (s. auch Traktandum 2025-57)*

3. Weiter stellt der Gemeinderat die 20 grössten freiwilligen und wiederkehrenden Ausgabeposten zusammen.

Antwort des Gemeinderates:

1. Der Anstieg der Personalkosten inkl. externe Leistungen um mehr als 10% im Vergleich zur Rechnung 2024 auf folgenden Konti wird begründet und es wird aufgezeigt mit welchen Massnahmen (z.B. Verschiebung oder Streichung von nicht zwingenden Investitionen oder Projekten) die Steigerung, wenn möglich reduziert werden könnte:

- *Präsidiales: Personaldienst (PD)*

KST 111, 2024

Budgetiert: CHF 498'744

Effektiv: CHF 466'940

Differenz: CHF -32'808

Begründung: Die Stelle der Lohnbuchhalterin wurde mit 100% budgetiert. Sie hat 10% davon abgegeben, die entsprechend verschobene Arbeit wurde durch eine jüngere Person mit tieferer Einreihung erledigt. Zudem waren auf der Kostenstelle Bleibepremien (Fusionsprozess) budgetiert, welche wegen der Ablehnung der Fusion nicht benötigt wurden und es konnten 2 Lehrstellen nicht besetzt werden.

KST 111, 2026

Budgetiert: CHF 600'207

Begründung:

1. Aufgrund der Zunahme der Belegschaft von 291 auf 350 MA in den letzten 5 Jahren ist das Betreuungsverhältnis im PD stetig angestiegen. Durch die Anpassung der Anstellungsverhältnisse der 135 Tagesschul- und Reinigungs-MA (Stand 01.01.2025) vom Stundenlohn in den Monatslohn wird die Gemeinde den gesetzlichen Anforderungen nun gerecht. Aus diesen Gründen stieg der Aufwand für den PD kontinuierlich. Die Mehraufwände wurden die letzten 5 Jahre durch andauernde Mehrstunden der PD-Mitarbeitenden aufgefangen. Aus diesem Grund wurden mit GR-Beschluss 2025-111 vom 22.04.2025 60 Stellenprozente Sachbearbeiterin 3 für den PD bewilligt und per 01.10.2025 besetzt.
 2. Infolge der KV-Reform wurde 2024 nur eine von zwei KV-Lehrstelle budgetiert und besetzt. Ab 2025 sind beide KV-Lehrstellen und auch die FabeK-Lehrstelle (Fachperson Betreuung Kind) in der Tagesschule besetzt. Zudem sind jedes Dritte Jahr 2 IT-Lernende budgetiert (2026 Überschneidung wegen der Grundausbildung im externen Berufsbildungszentrum).
- *Bildung/Kultur/Sport: Sekretariat/Tagesschule*

KST 210 Sekretariat von CHF 831'253 (2024) auf CHF 1'285'720 (2026) = Differenz CHF 454'467

Begründung: Wechsel Abteilungsleitung infolge Pensionierung. Einberechnet ist die Einarbeitung der neuen Abteilungsleitung (Maximallohn) mit Doppelbesetzung und Stundenauszahlung der Mehrstunden der bisherige Abteilungsleitung.

Neue Stelle Assistenz der Leitung 50% und neue Stelle Sachbearbeitung Tagesschule (Wachstum und Einführung KiBon, Software des Kantons für Administration Tagesschule). Temporär Schulsekretariat Rothus (Vorbereitung Inbetriebnahme). Höherer Aufwand externe Berater usw. durch externe Projektbegleitung Inbetriebnahme Rothus.

KST 270 Tagesschule von CHF 3'829'709 (2024) auf CHF 5'006'590 (2026) = Differenz CHF 1'176'881

Begründung: Nebst dem Teuerungsausgleich und Stufenanstieg wirkt sich das prognostizierte Wachstum der Tagesschülerinnen und -schüler resp. die Erhöhung der Betreuungsstunden auf die Personalkosten aus. Mehrkosten ergeben sich auch aus der Erhöhung der Pensen der Tagesschulleitungen auf Februar 2025 aufgrund der Zunahme des Führungsaufwands (GR-Beschluss 04.06.2024).

Es steht zur Diskussion, das Konto 3611.00 (Entschädigungen an Kanton; Lehrerbesoldungen) um CHF 250'000 zu kürzen, da gemäss neusten Erkenntnissen die Anzahl der mitarbeitenden Lehrpersonen an Tagesschulen stagniert resp. im Verhältnis zu der Anzahl an Tagesschülerinnen und -schülern eher abnimmt.

- *Hochbau: Sekretariat/Verwaltungsgebäude/Saalbetrieb Tell*

KST 310 - Sekretariat: von CHF 936'437 (2024) auf CHF 1'133'520 (2026) = + CHF 197'083

Begründung: Neu mit Stelle Sachbearbeitung Energie, Nachhaltigkeit & Klima (ENK) (0.5 FTE, wegen Klimastrategie, Vorstoss aus GGR), zudem neu mit Stelle Leiter GB (1.0 FTE, war bisher unter KST 250, dort ist der Aufwand gegenüber 2024 um 95K tiefer).

Reduktionpotential: Kurzfristig keine Reduktion möglich. Nur durch Leistungsabbau im Bereich ENK möglich.

KST 340 - Verwaltungsgebäude: von CHF 28'057 (2024) auf CHF 48'390 (2026) = + CHF 20'333

Begründung: Neu mit korrekter (d.h. tatsächlich notwendiger) Zuteilung der Hauswartressourcen, aktuell 0.5 FTE, vorher 0.3 FTE.

Reduktionspotential: Kurzfristig (2026) keines, bei einem zentralen Verwaltungsgebäude besteht ein z.Zt. noch nicht quantifizierbares Reduktionspotential (ab 2031 realistisch).

366 - Saalbetrieb Tell: von CHF 18'433 (2024) auf CHF 91'180 (2026) = + CHF 72'747

Begründung: Neu mit korrekter (d.h. tatsächlich notwendiger) Zuteilung der Hauswartressourcen, plus höherer Aufwand für Mundige-Treff. Bisher 0.2 FTE, neu 1.0 FTE im Einsatz, früher wurden div. Leistungen über Dienstleistungen Dritter abgedeckt.

- *Tiefbau: Natur- und Landschaftsschutz/Gewässerverbauungen/Freibad*

Der Anstieg der Personalkosten bei der KST **Natur- und Landschaftsschutz/Gewässerverbauungen** ist nicht auf eine Erhöhung der Stellenprozente zurückzuführen, sondern auf eine Umverteilung der Lohnkosten, die zuvor teilweise über die KST 410 abgerechnet wurden.

Der Anstieg der Personalkosten bei der Kostenstelle **Freibad** ist auf die Anpassung der Regelung und Handhabung der Zeitzuschläge und Individualzulagen an die arbeitsrechtlichen Vorgaben sowie auf die Vereinheitlichung mit dem übrigen Verwaltungspersonal zurückzuführen. Zudem musste beim Kassenpersonal eine zwingende Stellenerhöhung um 15 % vorgenommen werden. Grund dafür ist, dass seit der Sanierung des Freibads in den Jahren 2014/2015 eine Zunahme der Besucherfrequenz von rund 65'000 auf etwa 90'000 Gäste pro Saison verzeichnet wird (im Jahr 2023 sogar bis zu 110'000). Diese Entwicklung hat einen direkten Einfluss auf den Personalbedarf an der Kasse.

- *ÖSi: Polizeiinspektorat*

Das Aufgabengebiet des Polizeiinspektorats wird laufend angepasst: Einerseits können dank der Nutzung digitaler Systeme in einigen Bereichen die Kontrollaufgaben effizienter erbracht werden (z.B. digitales Parkplatzverwaltungssystem), andererseits wird die Abteilung zu einem Service-Center weiterentwickelt, und damit eine gleichmässige Auslastung und Erträge erreicht (Radardienstleistungen für Nachbargemeinden gegen Entgelt).

Auf Grund der grossen Bautätigkeit in Ostermundigen sind für die kommenden Jahre zusätzliche Aufgaben auf die Abteilung zugekommen: Namentlich durch die Grossvorhaben wie die Vorarbeiten zum Tram, Projekte der SBB, das Projekt «SanSiro», Leitungssanierungen sowie der Ausbau der Fernwärme. Damit das Polizeiinspektorat in den nächsten Jahren die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss für Privatpersonen und die Wirtschaft jederzeit gewährleisten, die dazu nötigen Massnahmen planen und umsetzen sowie die Koordination mit den beteiligten Stellen (Bevölkerung, Elternräte, Gewerbe, Bauunternehmungen, Planer etc.) sicherstellen kann, hat der Gemeinderat 2024 für eine

Koordinations- und Sicherungsstelle zusätzlich 80–100 Stellenprocente beim Polizeinspektorat genehmigt.

- *Soziales: Generationen+Quartier Arbeit*

Der Stellenanstieg in diesem Bereich der Abteilung Soziales ist damit begründet, dass die neuen Aufgaben, die der Grosse Gemeinderat der Abteilung Soziales, Bereich Generationen und Quartierarbeit, mit 2 Motionen mit auf den Weg gegeben hat, zuerst konzeptionell ausgearbeitet werden mussten. Im Verlaufe des 2025 wurden dann die Stellen, die diese Aufgaben übernehmen, besetzt. Mit anderen Worten: die Abteilung hat die vom GGR für diese Aufgaben bewilligten Stellen nicht sofort besetzt, sondern erst als die Konzepte entwickelt und Stellenallokationen geprüft waren. Für das 2026 ist **kein** Stellenausbau geplant.

- *Finanzen: Sekretariat*

Während der letzten 10 Jahre hat die Belegschaft der Gemeindeverwaltung um ca. 60% zugenommen. Gleichzeitig stieg die Anzahl der eingesetzten Softwareprogramme und der Aufwand für die Digitalisierung markant. Trotzdem wurde der Personalbestand in der Internen Technik nie erhöht. Dieser Umstand führte zu einer laufenden Überlastung des IT-Personals und zu vielen jährlichen Überstunden. 2025 wurde zusätzlich der Betrieb der Schulinformatik übernommen. Diese Veränderungen bedingten eine neue Stelle IT mit den Hauptaufgaben Support, damit Kapazitäten für die Aufnahme der Schulinformatik frei werden.

Ab 2026 ist eine zusätzliche Stelle notwendig, um die Projektarbeit im Zusammenhang mit der Digitalisierung allgemein und der Umsetzung des *Gesetzes digitale Verwaltung* des Kantons Bern sicherzustellen. Durch die ständig wachsende Abhängigkeit der Verwaltung und der Schule von einer funktionierenden IT sowie aufgrund grösserer Bedrohungen im Bereich Cyber Security steigen auch in dieser Hinsicht die Anforderungen. Konsequenzen ohne Besetzung der Stelle: Projekte würden verzögert, es sind mehr Dienstleistungen durch Externe notwendig (höhere Kosten, weniger internes Know-how), ansonsten kann das digitale Sicherheitsniveau nicht angemessen verbessert werden. Damit würde das Risiko von Betriebsfällen der Verwaltung und der Schule, von Datenabflüssen und von Reputationsschäden steigen.

2. Insbesondere folgende Investitionen werden im Sinne von Punkt 1 geprüft:

- *Ersatz resp. Beschaffung Schliess- und Alarmierungssystem für alle Schulhäuser in einem Geschäft.*

Antwort des Gemeinderates:

Das Schliesssystem und das Alarmierungssystem sind zwei unabhängige Themen, sie zu einem Geschäft zu kombinieren ist aus Sicht Hochbau nicht machbar, es besteht keine unmittelbare Abhängigkeit.

Die vier Schulanlagen jeweils in ein Geschäft zusammenzufassen ist aufgrund des Projektumfangs, der Komplexität sowie den unterschiedlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Schulanlagen aber auch der knappen internen Personalressourcen kritisch.

Das geplante schrittweise Vorgehen erlaubt es, jeweils in einem Pilotprojekt Erfahrungen zu sammeln und für die weiteren Etappen davon zu profitieren.

Das Zusammenfassen auf jeweils ein Grossprojekt hätte deutlich aufwändigere Ausschreibungen zur Folge, so dass ein externes Projektmanagement beigezogen werden müsste. Mögliche Einsparungen durch vermutlich günstige Angebote (aufgrund der Schwellenwerte wäre die Ausschreibung öffentlich, so dass wohl ausländische Anbieter zum Zuge kommen) würden durch den Zusatzaufwand während der Beschaffung, der Umsetzung und insbesondere während der Betriebsphase wohl mehr als wett gemacht. Das schrittweise vorgehen (Anlage um Anlage) ist wesentlich effizienter und lässt sich mit den vorhandenen Ressourcen abwickeln. Wichtig: Es werden bei solchen Beträgen immer Konkurrenzofferten eingeholt.

- *Investitionen von > CHF 1Mio. für das Schulhaus Mösli im 2026*

Details zu den einzelnen Vorhaben sind in den Projektbeschrieben erläutert.

Die Geschäfte 3.309 (Dachsanierung & Solarkraftwerk) und 3.314 (Ersatz Heizungssteuerung) werden aufgrund fehlender Ressourcen um jeweils mind. 1 Jahr verschoben; gleiches gilt auch für das Geschäft 3.311 (Alarmierungssystem), welches erst 2028 umgesetzt werden soll.

- *Gesamtinvestitionen von ca. CHF 1.5 Mio. für Variel Pavillion nebst CHF 14 Mio. für Kinderhaus*

Der GGR wird zu gegebenem Zeitpunkt (voraussichtlich im Frühjahr 2026) darüber entscheiden können. Details zu den beiden Geschäften sind in den Projektbeschrieben erläutert.

Der Wiederaufbau des Varielpavillons ist eine Auflage des Kantons aus der Baubewilligung der Gesamtplanung Schulanlage Mösli.

- *Investitionen für E-Ladestationen (s. auch Traktandum 2025-57)*

Der Gemeinderat wird voraussichtlich anfangs November über den geplanten Investitionskredit befinden.

3. Weiter stellt der Gemeinderat die 20 grössten freiwilligen und wiederkehrenden Ausgabeposten zusammen.

Antwort des Gemeinderates:

Die folgenden nicht gesetzlich vorgeschriebenen Ausgabenposten sind für das Budget 2026 nicht unmittelbar wirksam, da sie einen längeren Umsetzungshorizont benötigen. Sie beeinflussen jedoch die finanzielle Situation der Gemeinde mittel- bis langfristig stark.

Entlastungsmassnahmen ab 2027

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Entlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
56	681	Generationen- und Quartierarbeit	Diverse	Diverse	Wegfall präventiver Angebote Quartierarbeit, ELKI-Treff, Infostelle frühe Förderung bis Alter.	Bildungsferne Familien mit fehlenden Integrationskompetenzen werden nicht mehr mit Informationen und Selbsthilfeprojekten unterstützt (u.a. Verhinderung Ghettobildungen), was teure Nachbearbeitungen in den Bereichen Kindes- und Erwachsenenschutz, Schule, Gesundheit, Sozialhilfe und Ruhe und Ordnung in der Gemeinde betrifft und die sozialen Kosten erhöht. Sollten andere Gemeinden diesem Vorbild folgen, werden die Transferbelastungen im Kanton aus dem sozialen Lastenausgleich erheblich ansteigen. Aufwand und Wirkung der Quartierarbeit werden derzeit evaluiert. Durch Aktivierung der Nachbarschaftshilfe in den belasteten Quartieren wird längerfristige die Entlastung der Gemeindeangebote angestrebt. Wichtiger Bestandteil dieser Angebote sind die Dienstleistungen für das Alter. 3'000 Personen über 60 Jahre werden aktuell mit minimalen Ressourcen bedient. Ohne dieses Angebot gibt es für die künftig grösste Personengruppe der Gemeinde kein einziges Angebot mehr. Die Gemeinde vernetzt die Leistungserbringenden und trägt damit die kantonale Gesundheitsstrategien mit.	700'000	2027
57	689	Betreuungsgutscheine	Diverse	Diverse	Die Gemeinde bietet keine Betreuungsgutscheine mehr an. Damit fällt für die Eltern auch die Kostenbeteiligung des Kantons (80%) weg. Finanzschwache Familien und Mittelstandsfamilien erhalten keine Gutscheine für die familienexterne Betreuung mehr.	Der Volkswille (Volksabstimmung) wird missachtet. Der Kanton finanziert sich nicht an anfälligen alternativen Angeboten der Gemeinde. Viele Kinder sind nicht schulreif und sozial nicht entsprechend kompetent. Finanzschwache Familien müssen zu ihren Kindern schauen, was sie in die Sozialhilfe treibt. Negative Auswirkungen auf die Steuerkraft der Gemeinde, da Mütter/Väter ihre Arbeitspensum reduzieren müssen.	534'000	2027
58	687			Schulsozialarbeit	Abschaffung Schulsozialarbeit.	Überlastete Lehrkörper, soziale Probleme der SchülerInnen können nicht mehr angemessen bearbeitet und frühzeitig erkannt werden - daraus entstehen psychische und materielle Probleme mit Langzeitfolgen. Schulsozialarbeit hilft aufgrund der Frühintervention nachweislich den Bedarf an behördlich angeordneten Kinderschutzmassnahmen und psychiatrischen Behandlungen zu senken und spart damit Kosten.	500'000	2027
59	490			Freibad	Schliessung Freibad.	Verzicht auf Freibad verschlechtert Lebensqualität der Bevölkerung, macht Gemeinde weniger attraktiv. Führt zu Personalabbau.	420'000	2028
60	685			Kindertagesstätte	Kita Hummelinäscht auflösen.	Ist mit Entlassungen u.a. anderem von langjährigen Mitarbeitenden verbunden. Es muss eine Lösung für verhaltensauffällige Kinder gefunden werden. Viele anspruchsvolle Kinder u.a. von Sozialhilfebeziehenden verlieren ihre Bezugspersonen, was zu Instabilitäten in den belasteten Familien führt (potentielle Kindeswohlgefährdungen). Die Sozialhilfe hat keinen direkten Zugang/Zugriff auf die angewendete Pädagogik in der Kita mehr. Negative Auswirkungen auf die Steuerkraft der Gemeinde, da Mütter/Väter ihre Arbeitspensum reduzieren müssen.	370'000	2027

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Enlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
61	687	Schulsozialarbeit	3010.00	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	Abschaffung Schulsozialarbeit.	Überlastete Lehrkörper, soziale Probleme der SchülerInnen können nicht mehr angemessen bearbeitet und frühzeitig erkannt werden - daraus entstehen psychische und materielle Probleme mit Langzeitfolgen. Schulsozialarbeit hilft aufgrund der Frühintervention nachweislich den Bedarf an behördlich angeordneten Kinderschutzmassnahmen und psychiatrischen Behandlungen senken und spart damit mittelfristig Kosten.	370'000	2027
62	Div.	Diverse	3010.01	Löhne Reinigungspersonal inkl. Lohnnebenkosten	Reduktion Reinigung Schulgebäude um 1/3.	Schmutzigere Räume und Toiletten. Littering wird gefördert. Div. Kündigungen sowie neue Arbeitsverträge notwendig. Hoher interner Aufwand für Neuorganisation. Kaum Akzeptanz bei Personal und Besuchern.	360'000	2027
63	683			Offene Kinder- und Jugendarbeit	Abschaffung Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA).	Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die die OKJA "besuchen", ist seit Corona stark angestiegen (ausgewiesener Bedarf). Ein Abbau des OKJA Personals führt zu Teilangebotsschliessungen. Diese Kinder und Jugendlichen werden den öffentlichen Raum besetzen, was zu Konflikten mit anderen Gruppen und älteren Menschen führen wird. Die OKJA ist zudem ein Integrationsmotor für Kinder und Jugendlichen von Familien mit Migrationshintergrund. Fehlt dieser Motor, gibt es Probleme im Freizeitverhalten bis hin zu Vandalismus und Kleinkriminalität.	325'000	2027
64	303 + 310	Energiekonzept			Aufheben der Dienststelle, Streichen Personal und aller Angebote & Dienstleistungen.	Aufheben der Dienststelle, Kündigen der Mitarbeitenden und Aufheben der Fachkommission. Das Klimareglement kann nicht umgesetzt werden, es wird keine Klimastrategie erarbeitet. Das Energiestadt-Label wird nicht weitergeführt, der Standard als Energiestadt Gold kann nicht erreicht werden. Strategie Fernwärmeversorgung wird nicht umgesetzt. Keine Umsetzung von Hitzeschutz- und Entsiegelungsmassnahmen. Keine Kommunikationsmassnahmen. Keine Energie- und Mobilitätsbuchhaltung. Verzögerungen beim Umsetzen der Solarstrategie, Verzicht auf ZEV/vZEV und uvm.	250'000	2027
65	425			Werkhof	Ressourcensteuerung bzw. Minimierung über Leistungskatalog und Standarts = grösseres Projekt zur Ausarbeitung.	Leistungs- Angebotsverzicht, Reduktion Standard, Personalabbau (Annahme: 10%). Das Projekt zur Anpassung des Standards ist mit zusätzlichen Kosten verbunden.	240'000	2028
66	688			Schritt:Weise	Programm schritt:weise aufgeben.	Die Integration von belasteten Migrationsfamilien erschwert sich erheblich, dadurch steigen teure Kinderschutzmassnahmen an. Kinder belasteter Familien sind nicht mehr auf den Kindergarteneintritt vorbereitet. Der Kostenanteil an den sozialen Lastenausgleich des Kantons steigt, weil der Anstieg von Kindeschutzmassnahmen indirekt (FILAG) mitfinanziert werden muss (Platzierungen, etc.), wenn die Gemeinden systematisch auf die frühe Förderung verzichten.	165'000	2027
67	221	Öffentliche Bibliothek	3160.00	Miete und Pacht Liegenschaften	Verzicht auf Bibliothek, Kündigen Mietvertrag (per 10.2026 möglich).	Keine Bibliothek mehr. Auflösen Arbeitsverträge u. Vertrag mit Kornhausbibliothek.	125'000	2028
68	410			Sekretariat	Verzicht Kommission KTB, Globalbudget, höhere Kompetenzen Abteilung.	Massiv weniger administartiver Aufwand, keine KTB Sitzungen, keine Anträge, in GR nur noch wenige relevante Anträge = Überarbeitung OrgV = Einsparung 100% Admin-Stelle.	115'000	2029

Nr.	KST	Name	Konto	Bezeichnung	Massnahme(n)	Auswirkungen	Entlastungspotential netto ca. CHF	Umsetzung
69	435			Planungen für Bau-/Unterhalt der Strassen	Ressourcensteuerung bzw. Minimierung über Leistungskatalog und Standards = grösseres Projekt.	Verzicht oder starke Verzögerung von Projekten, führt zu Wertzerfall der Infrastrukturen.	115'000	2028
70	111	Personal-dienst	3099	Übriger Personalaufwand	Steichung Stelleninserate, Steichung Prävention und Krisenintervention für Mitarbeitende (Vertrag mit Movis).	Der Verzicht auf Stelleninserate führt in den hart umkämpften Arbeitsmärkten dazu, dass wir als Arbeitgeberin nicht mehr/zu wenig wahrgenommen werden und infolgedessen Stellen nicht mehr oder zu spät besetzt werden können. Dies führt zu Verzögerungen in der Leistungserbringung (Termine können nicht mehr oder zu spät wahrgenommen werden), Mehrbelastung der restlichen Teammitglieder, welche wiederum zu Kündigungen führen können. Müssen unbesetzte Stellen durch externe Dienstleister überbrückt werden, führt dies zu Mehrkosten. Der Verzicht auf die Dienstleistungen von Movis kann zu Mehrbelastungen von Teams, Führungspersonen und Personaldienst führen, da schwierige Situationen, welche nicht frühzeitig gelöst werden können, wiederum zu Kündigungen und langfristigen Krankheitsabsenzen führen können, was zu nicht absehbaren Kosten führen kann.	90'000	2027
71	655	Diverse Dienstleistungen	3130.17	Beiträge an Beschäftigungsprogramme	Vertrag mit der Stadt Bern kündigen.	Weniger Integrationsangebote für unsere Sozialhilfe-Klienten, Anstieg der Sozialhilfekosten.	80'000	2027
72	271	Ferieninsel	3636.00	Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck	Verzicht Ferienbetreuung.	Gefährdet Vereinbarkeit Beruf und Familie.	70'000	2027
73	Div.	Diverse			Verzicht Schwimmunterricht der Schüler in Hallenbädern.	Lehrplan 21 nicht umsetzbar, schlechtere Schwimmkompetenz.	50'000	2027
74	681	Generationen und Quartierarbeit	3636.00	Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck	Wegfall Deutschkurse, Elternbriefe, Material ELKI-Treff, Vertrag mit Elternverein (Spielgruppenplätze Frühe Förderung).	Es gibt keine finanziell erschwinglichen Deutschkurse mehr, was die Integrationskompetenz der Familien mit Migrationshintergrund erheblich erschwert. Familien mit Babys erhalten keine Gratis-Informationen mehr zur Pflege und Erziehung im 1. Jahr ihrer Kleinkinder.	38'000	2027
75	Div.	Diverse	3010.01	Löhne Reinigungspersonal inkl. Lohnnebenkosten	Reduktion Reinigung Verwaltungsgebäude um 1/3.	Schmutzigere Räume und Toiletten. Div. Kündigungen sowie neue Arbeitsverträge notwendig. Interner Aufwand für Neuorganisation.	37'000	2027
Total Entlastungsmassnahmen ab 2027 ca. CHF							4'954'000	

5. Personalplanung

Für die mittelfristige Personalplanung wird auf die Beantwortung folgender parlamentarischer Vorstösse verwiesen:

- Postulat betr. Obergrenze Stellenprozente der Verwaltung; Beantwortung anlässlich GGR 23.10.2025.
- Motion betr. Aufnahme einer Personalplanung im Budgetprozess; Beantwortung anlässlich GGR 20.11.2025.

6. Erträge

Die bauliche Entwicklung der Gemeinde führt seit einigen Jahren zu einer Steigerung der Steuererträge. Diese Zunahme zeigt pro Kopf aber zu wenig Wirkung. Durch den günstigen Wohnraum, welcher im Gemeindegebiet vorhanden ist, weist Ostermundigen verhältnismässig viele Einwohner mit einem unterdurchschnittlichen Einkommen auf. Entsprechend sind die Sozialhilfekosten vergleichsweise hoch und die Steuererträge im kantonalen Vergleich unterdurchschnittlich.

Ausserdem wurden die Abteilungen aufgefordert, die Höhe der Gebühren für Verwaltungsleistungen auf begründete Erhöhungen zu überprüfen.

7. Antrag der Exekutive

Gestützt auf die nachfolgenden Ausführungen sowie Artikel 56 Absatz a der Gemeindeordnung vom 24. September 2000 beantragt der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat, es sei folgender

Beschluss zu fassen:

- Die Steueranlagen für das Jahr 2026 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstückgewinn) das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - für die Liegenschaftssteuer 1,5‰ des amtlichen Wertes;
 - Hundesteuer CHF 100.00 pro Hund
 - für die Feuerwehrdienstersatzabgabe 3,4% des Staatssteuerbetrages, höchstens CHF 200.00.
- Das Budget für das Jahr 2026, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushaltes von CHF -2'757'870, wird wie folgt genehmigt:

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF 120'681'620	CHF 117'923'750
Aufwandüberschuss		CHF 2'757'870
Allgemeiner Haushalt	CHF 107'082'620	CHF 105'545'050
Aufwandüberschuss		CHF 1'537'570
SF Abfallbewirtschaftung	CHF 2'218'580	CHF 1'446'200
Aufwandüberschuss		CHF 772'380
SF Wasserversorgung	CHF 4'754'260	CHF 4'811'500
Ertragsüberschuss	CHF 57'240	
SF Abwasserentsorgung	CHF 5'860'220	CHF 5'320'000
Aufwandüberschuss		CHF 540'220
SF Feuerwehr	CHF 765'940	CHF 801'000
Ertragsüberschuss	CHF 35'060	

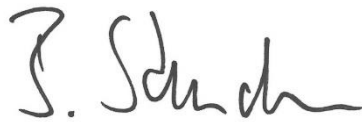
3. Die Budgetkorrekturen (Massnahmen 1 bis 13, Kapitel 2) im Umfang von CHF 597'300 werden genehmigt.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die sich aus den beschlossenen Budgetkorrekturen allfällig ergebenden Folgeanpassungen (z.B. Verzinsung, Abschreibungen usw.) im Budget 2026 vorzunehmen.
5. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
6. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Ostermundigen, 28. Oktober 2025

Gemeinderat Ostermundigen



Thomas Iten
Präsident



Barbara Steudler
Gemeindeschreiberin

Beilage:

- Budget 2026 Details der Erfolgsrechnung (wurde bereits mit Versand GGR 4.9.2025 gestellt).